

Possony, Stefan T.

Article — Digitized Version

Kann der Arme reich werden? Möglichkeiten sozialer Eigentumsbildung in den USA

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Possony, Stefan T. (1955) : Kann der Arme reich werden? Möglichkeiten sozialer Eigentumsbildung in den USA, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 35, Iss. 2, pp. 93-97

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132037>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kann der Arme reich werden?

Möglichkeiten sozialer Eigentumsbildung in den USA

Prof. Dr. Stefan T. Possony, Washington

Persönlicher Besitz oder Privateigentum ist eine der Voraussetzungen der politischen Freiheit. Das Eigentum — nicht nur der Besitz an Gebrauchsgegenständen — ist gleichzeitig eine der wirksamsten Formen der wirtschaftlichen Sicherheit. Ohne Besitz und Vermögen ist der einzelne der Willkür des Arbeitgebers, des Marktes und des politischen Schicksals ausgeliefert, und er ist nie in der Lage, die Früchte seiner Arbeit oder seiner Intelligenz zur Erwerbung seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu verwerten. Der Eigentumslose ist unfähig, Entscheidungen, die seinem Willen und seinen Absichten entsprechen, zu treffen, und er muß sich oft die Erfüllung seiner sehnlichsten Wünsche versagen.

Die politische und rechtliche Freiheit ist aber auch eine der wesentlichsten Voraussetzungen des wirtschaftlichen Wohlstandes. Die volle Entfaltung der wirtschaftlichen Schöpfungskraft, das Recht, Geschäftsunternehmen zu gründen und Kapital anzulegen und dabei auch Verluste zu erleiden, die Möglichkeit, frei die Bedürfnisse des Käufers zu erwecken und zu befriedigen, die Anwendung neuer Techniken, die Verdrängung des Konkurrenten im uneingeschränkten Wettbewerb der Preise, der Qualität und der Nützlichkeit der angebotenen Güter — all das sind wesentliche Grundbedingungen des wirtschaftlichen Fortschritts. Dieser Fortschritt ist durch die Abwesenheit hemmender Vorschriften bedingt und zum Teil davon abhängig, daß der Staat nicht selbst als Unternehmer auftritt, sondern im großen und ganzen seine wirtschaftliche Tätigkeit auf die *R e g u l i e r u n g* des Wirtschaftslebens — insbesondere auf die Hütung des Geldes und des Kredits — beschränkt.

EIGENTUM UND SOZIALISMUS

Im Grunde genommen ist niemand gegen den Besitz, sicher nicht gegen den eigenen. Man findet Gegner des übermäßigen Besitzes der wenigen, und in manchen Fällen ist diese Gegnerschaft begründet. Es ist auch nicht zu bestreiten, daß das Eigentum — wie jede menschliche Einrichtung — mißbraucht werden kann und daß es gelegentlich zur Behinderung des Fortschritts und der Freiheit verwendet wurde. Ärzte, die nicht heilen, sind jedoch kein Argument gegen die Medizin...

Häufig ist die kritische Einstellung gegen das Privateigentum auf die Annahme gestützt, daß es niemals möglich sein werde, ausreichenden Besitz für alle zu schaffen. Folglich müsse Besitz oder wirtschaftliche Entscheidungsgewalt immer auf „die Reichen“ be-

schränkt bleiben; das Eigentum müsse sich stets als Monopol darstellen. Eigentum des einen bedeute „dialektisch“ Nichteigentum des anderen und bedinge daher die „Klassenherrschaft“ in der Gesellschaft und die Verfügungsgewalt des Reichen über den Armen. Diese Annahme liegt den Theorien des Sozialismus und des Kommunismus sowie anderer radikaler Lehren zugrunde. Die eigentumsfeindlichen Theorien behaupten kurz gesagt, daß die Abschaffung des Privateigentums und die Verteilung des Besitzes der reichen Minderheit auf die arme Mehrheit den wirtschaftlichen Wohlstand aller erhöhen und die Klassenherrschaft beseitigen werde. Dem Sozialismus zufolge ermöglicht das Gemeineigentum eine zweckmäßigere Verwendung der knappen Produktivkräfte und stellt daher eine höhere Wirtschaftsform dar als ein System, in dem die wenigen Privateigentümer die wirtschaftlichen Entscheidungen ihren Interessen gemäß treffen. Da „Reichtum“ immer auf die Wenigen beschränkt bleiben müsse, sei es sozial und wirtschaftlich besser, das Eigentum abzuschaffen und die wirtschaftlichen Entscheidungen durch eine Bürokratie treffen zu lassen, deren Bewegung nicht das Privat-, sondern das Allgemeininteresse sein müsse.

Die sozialistische Lösung würde wohl kaum Anklang gefunden haben (auch nicht in Staaten, in denen man sich über die Motive und Fähigkeiten der Bürokratie großen Illusionen hingibt), wenn die Mehrheit der Bevölkerung im Besitz ausreichender Vermögenswerte gewesen wäre. Wenn man nichts besitzt, so beneidet man den Besitzenden und ist gezwungen, jede Arbeit anzunehmen, die einem angewiesen wird. Wenn man außerdem keine Aussicht hat, jemals Besitz zu erwerben, sondern arm geboren wurde und arm sterben muß, dann kümmert man sich nicht viel um die Weisheit oder Dummheit vorgeschlagener Wirtschaftsreformen; man handelt einem „bedingten Reflex“ gemäß, und zwar immer gegen das Eigentum.

Würde die Überschreitung des Eigentums an den Staat die Unfreiheit des Besitzlosen mildern? Im Gegenteil. Wenn der Staat der alleinige Arbeitgeber ist, so ist es nicht nur praktisch unmöglich, eine oppositionelle Politik zu treiben, sondern jeder Streik, jede Arbeitsverweigerung und jede Sachbeschädigung können als Hoch- und Landesverrat oder Sabotage ausgelegt werden. Die Möglichkeit der freien Wahl und des friedlichen Regierungswechsels entfällt. Der einzelne hat keine Möglichkeit, sich der Willkür des Staates zu widersetzen, selbst wenn diese, wie sie es zum Zwecke rationaler Planung wohl muß, in das Privatleben des

einzelnen eingreift, Familienbände nach Belieben knüpft oder löst, Kinder in öffentlichen Anstalten erziehen läßt oder sogar letzten Endes die Kinderzahl der einzelnen Familie durch Erlaß regelt. Staatliches Gemeineigentum und politische und menschliche Freiheit sind daher unvereinbar.

Positiv ausgedrückt: die politische Freiheit muß wirtschaftlich unterbaut sein. Nur solche politischen Ordnungen können als wirklich frei angesehen werden, in denen ein erheblicher Teil und vielleicht sogar die Mehrheit der Bürger Privateigentum besitzt und in denen die Gelegenheit besteht, Privateigentum zu erwerben. Seit etwa 150 Jahren behaupten die Sozialisten aller Schulen, daß es in der freien Wirtschaftsordnung für den Unbemittelten unmöglich sei, Besitzender zu werden; daher könne diese Wirtschaftsordnung niemals zur Freiheit führen. Die Frage ist aber doch, ob diese Behauptung wirklich richtig ist. Muß der Besitz auf die Reichen beschränkt bleiben? Muß daher in der freien Wirtschaftsordnung die politische Freiheit das Privileg der besitzenden Klassen sein? Diese Fragen müßten verneint werden, sobald bewiesen werden kann, daß die Masse der Wirtschaftenden und selbst der Armen imstande ist, sich Besitz und Eigentum zu schaffen, und daß die Schöpfung eines über die ganze Gesellschaft verteilten Wohlstandes hauptsächlich eine Frage der zweckmäßigen Regelung innerhalb der freien Wirtschaftsordnung und des persönlichen Willens ist. Nachdem der Sozialismus darauf abzielt, in dem von ihm vorgeschlagenen Wirtschaftssystem das Privateigentum abzuschaffen und seine Wiederkehr zu verhindern, ist es überflüssig zu untersuchen, ob die Schaffung des persönlichen Wohlstandes der Vielen auch in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung möglich sein kann; eine Erhöhung des Lebensstandards ist das Höchste, das der Sozialismus versprechen kann — ein Versprechen, das er nach der geschichtlichen Erfahrung noch nie gehalten hat und das er, selbst wenn er es gehalten hätte, nicht besser zu erfüllen vermag als die freie Wirtschaft.

DURCHSCHNITTSEINKOMMEN IN DEN USA

Ich möchte also die Frage untersuchen, ob es in einem frei-kapitalistischen Wirtschaftssystem einem Unbemittelten möglich ist, sich im Laufe der Zeit ein Vermögen zu erwerben, wobei mein Augenmerk sich nicht auf das einzelne Individuum, sondern auf die Familieneinheit richten wird. Falls es wahr wäre, daß der einzelne Eigentum erwerben kann, so würde, falls diese Wahrheit bekannt werden sollte, das hauptsächliche „Argument“ für den Sozialismus, die Psychologie des ewig Armen, hinfällig werden. Es wäre zweckmäßig, eine solche Untersuchung für alle freiwirtschaftlichen Länder anzustellen. Ich muß mich aber auf die USA beschränken, weil nur für dieses Land ausreichende statistische Unterlagen zur Verfügung stehen. Zweifellos liegen die amerikanischen Verhältnisse günstiger als die der meisten europäischen Staaten. Nichtsdestoweniger ist die Beweiskraft der amerikanischen Zahlen ausreichend, da das Vorbild Amerikas zeigt, was man in einer freien Wirtschaft erzielen könnte. Die Beweiskraft des amerikanischen Bei-

spiels ist sogar erheblich größer als etwa eine Erörterung der wirtschaftlichen Aussichten der französischen Familie: die amerikanische Wirtschaftsordnung steht eben dem Vorbild des klassischen freien Wirtschaftssystems viel näher als die gemischten Wirtschaftsordnungen Westeuropas. Es ist hinzuzufügen, daß die amerikanische Sozialversicherung eine wichtige Rolle in meiner Berechnung spielen wird — die freiwirtschaftliche Ordnung des 20. Jahrhunderts besitzt in vielen Zügen eine grundsätzlich andere Struktur als die des 19. Jahrhunderts.

Im Jahre 1953 betrug das Durchschnittseinkommen des Amerikaners ungefähr 1 500 \$, d. h., daß bei gleichmäßiger Verteilung des Volkseinkommens auf jeden der damals 157 Mill. Amerikaner jeder Einwohner des Landes dieses Einkommen besitzen würde. Nachdem aber Kinder keine Wirtschaftspersonen sind, Hausfrauen und ältere Leute kein Einkommen haben, und außerdem in vielen Familien mehr als eine Person Geld verdient, sagt diese Zahl nicht viel über das tatsächliche Einkommen der amerikanischen Familien aus. Das Durchschnittseinkommen der amerikanischen Familie betrug vielmehr etwa 3 800 \$ pro Jahr, wobei die Unternehmergruppe ein durchschnittliches Familieneinkommen von rund 9 000 \$, die ungelerten Arbeiter und das Dienstpersonal ein solches von 2 320 \$ besaßen. Falls wir die ungelerten Arbeiter, das Dienstpersonal und auch die Bauernschaft, die zusätzliches Naturaleinkommen besitzt, aus der Berechnung ausklammern, zeigt sich, daß das Familiendurchschnittseinkommen über 5 000 \$ beträgt.

Damit soll keineswegs der Anschein erweckt werden, als ob nicht ein erheblicher Teil der amerikanischen Familien weniger als dieses Durchschnittseinkommen verdient. Nach amtlichen Angaben haben ungefähr 19% der amerikanischen Familien ein Einkommen von weniger als 1 500 \$, was nicht genug ist, um die Lebenskosten zu decken. Es ist nicht ganz klar, wie dieses Defizit bestritten wird, obwohl ein großer Teil dieser Gruppe offenbar aus Leuten besteht, die aus irgendeinem Grunde während des Jahres, z. B. wegen Krankheit oder Änderung des Wohnsitzes nicht voll gearbeitet haben, sowie aus Rentnern, Pensionären und älteren, unregelmäßig arbeitenden Personen, die aus ihren Ersparnissen zusetzen oder Hilfsleistungen von Verwandten erhalten. Auch falsche Steuererklärungen, die wesentliche Einkommensposten unterschlagen, dürften nicht selten sein, wie jeder Amerikaner, der ungelernete Hilfsarbeiter beschäftigt hat, z. B. zum Anstreichen oder zur Gartenarbeit, aus eigener Erfahrung weiß.

Der Rest — wahrscheinlich weniger als 10% — besteht zweifellos aus der armen Bevölkerung im eigentlichen Sinne. Der größte Teil dieser Armutsguppe ist unter den Negern der Südstaaten anzutreffen. Deren Armut bedeutet jedoch nicht, daß die Möglichkeiten eines besseren Verdienstes für sie nicht bestehen, sondern nur, daß die bildungsmäßigen Voraussetzungen einer rationelleren Wirtschaftsbeteiligung dieser Gruppe noch nicht voll erfüllt sind. Die Ursachen dieser z. T. regionalen Armut sind mehr soziologischer, psychologischer und politischer als wirtschaftlicher

Natur. Nichtsdestoweniger ist hervorzuheben, daß selbst in der untersten „Armutsguppe“ erhebliche Ausgaben für Staatspapiere, Lebensversicherungen, Pensionskassen usw. geleistet werden.

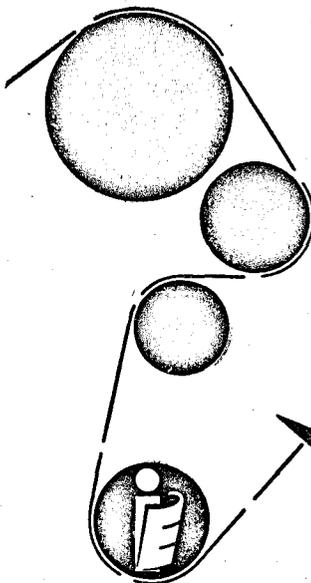
In der Gruppe, die jährlich zwischen 3 000 und 4 000 \$ einnimmt, betragen die Ersparnisse 500 bis 1 000 \$ im Jahr und werden hauptsächlich in der Form von Sozial- und Lebensversicherungen, Abzahlungen auf Hypothekenschulden und in Staatspapieren angelegt. Im Jahre 1950 wurde die Vermögenslage von 3 500 amerikanischen Familien untersucht. Es stellte sich heraus, daß selbst Familien mit einem Einkommen von weniger als 1 000 \$ jährlich gewisse Vermögenswerte besitzen. Nur 8 % dieser Gruppe besaßen mehr Schulden als Besitz, 43 % hatten so gut wie keine Guthaben, aber 3 % verfügten erstaunlicherweise über Vermögen von mehr als 25 000 \$. 20 % dieser Familien hatten zwischen 1 000 und 5 000 \$ und 24 % zwischen 5 000 und 25 000 \$. Kurz gesagt, war etwa die Hälfte der untersten Einkommensgruppe wirklich arm, aber ein Viertel wies einen ansehnlichen Besitz auf. In der Einkommensgruppe von 3 000 bis 4 000 \$ verfügten 41 % über mehr als 5 000 \$ Vermögen.

Da die Erwerbung des Vermögens eine bestimmte Zeit in Anspruch nimmt, ist es interessant, den Altersaufbau der Vermögenden zu untersuchen. Es ergibt sich, daß — wie zu erwarten — die Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren am meisten verschuldet ist und das wenigste Geld besitzt; aber nur 14 % der jungen Leute haben mehr Schulden als Guthaben, und fast alle Personen über 24 besitzen eine kleine Bankreserve. In der Altersgruppe 55 bis 64 Jahre sind nurmehr 5 % verschuldet, und 59 % besitzen Vermögen von über 5 000 \$.

Es zeigt sich auch, daß die größeren Vermögen allmählich mit dem Alter zahlreicher werden. Während in der jüngsten Altersgruppe 18 bis 24 nur 1 % über 25 000 \$ Vermögen verfügt, besitzen 14 % der Altersgruppe über 65 Jahre 25 000 \$ und mehr. Das Vermögen hängt ferner von der Heiratsdauer ab: 61 % der Ehepaare, die über 20 Jahre verheiratet sind, besitzen Guthaben von mehr als 5 000 \$. Die Zahlen zeigen klar an, daß sich kleinere Vermögen in den unteren Einkommensgruppen schaffen lassen und daß der Vermögenserwerb wenigstens teilweise durch Stetigkeit und Sparsamkeit bedingt wird.

EIN BEISPIEL

Untersuchen wir jedoch, ob es möglich ist, durch asketische Sparsamkeit größere Vermögen zu erwerben. Nach einer Untersuchung, die im Mai 1954 von Dr. Gallup angestellt wurde, braucht eine amerikanische Durchschnittsfamilie ein Minimum von 60 \$ pro Woche zur Bestreitung aller Lebenskosten. Nehmen wir an, daß unsere Familie ein stetes Einkommen von 4 000 \$ bezieht und daß sie lediglich die Minimallebenskosten bestreitet, dann bleiben 800 \$ jährlich für Ersparnisse übrig. Es stellt sich in der Tat heraus, daß die Einkommensgruppe von 4 000 bis 5 000 \$ jährlich ungefähr 800 \$ erspart, wobei gewisse Versicherungs- und Sozialversicherungszahlungen sowie Hypothekenraten unter den minimalen Lebenskosten



DIE VORZÜGE DES OFFSET-DRUCKES

sind der werbenden Wirtschaft hinlänglich bekannt. Das ist auch der Grund, weshalb sie sich in zunehmendem Maße dieses fortschrittlichen Druckverfahrens bedient, um Werbemaßnahmen erfolgreicher und rentabler zu gestalten.

OFFSETDRUCK IST VORTEILHAFT!

Fordern Sie Angebot und Leistungsproben!



verbucht sind; man braucht also keineswegs ein Asset zu sein, um 800 \$ zurücklegen zu können.

Wir haben gesehen, daß ein Familieneinkommen von 4 000 \$ im Jahr ungefähr dem durchschnittlichen Verdienst aller Wirtschaftsgruppen entspricht; falls die niedrigen Einkommensgruppen unberücksichtigt bleiben, liegt das Durchschnittseinkommen von 4 000 \$ um etwa 20 % unter dem des gelernten Arbeiters und des kleinen Gewerbetreibenden. Etwa die Hälfte der amerikanischen Familien sollten ohne weiteres imstande sein, wenigstens 800 \$ pro Jahr zu ersparen. Unsere Berechnung macht die weitere Annahme, daß der Familienvater, dessen „Sparpotential“ wir abschätzen wollen, im 25. Lebensjahr seine Stellung bezieht und bis zu seiner Pensionierung im 65. Lebensjahr jährlich 4 000 \$ verdient und jahrein, jahraus ohne Unterbrechung seine 800 \$ zurücklegt. Er fängt ohne einen Cent an, heiratet mit Stellungsantritt und hat seit dem 26. Lebensjahr einen Sohn. Seine 800 \$ werden zu 3 % auf einer Sparkasse angelegt. Im 28. Lebensjahr besitzt er rund 2 540 \$, womit er eine Anzahlung auf ein 5-Zimmer-Wohnhaus, das rund 10 000 \$ kostet, leisten kann. (Als Kriegsteilnehmer hätte er das Haus etwa 2 Jahre früher kaufen können.) Die Hypothek von ungefähr 7 500 \$ wird in der gleichen Weise abgezahlt, in der er bisher seine Miete bestritten hat, d. h. die Hypothekenzahlungen müssen nicht von seinen 800 \$ jährlichen Ersparnissen abgezogen werden, sondern sind bereits in seinen normalen Lebenshaltungskosten enthalten. Nach 20 Jahren, also im 48. Lebensjahr, würde er das Haus besitzen,

das dann vielleicht durch Abnutzung einen Wert von nur etwa 8 000 \$ haben dürfte. Viel wahrscheinlicher ist jedoch, daß er innerhalb der ersten zehn Jahre, nach Abzahlung von über einem Drittel der Hypothek, das Haus verkauft und ohne weiteren Zuschuß aus seinen Ersparnissen sich durch eine Abschlagszahlung von 5 000 \$ ein weit größeres und besseres Haus erwirbt. Um die Rechnung zu vereinfachen, können wir annehmen, daß er in seinem 55. Jahr ein Grundstück besitzt, das etwa 12 000 bis 15 000 \$ wert ist. Von diesem Augenblick an wohnt er frei, abgesehen natürlich von Steuern, Gas, Licht, Heizung und Reparaturen. Nach Erwerb des Hauses im 29. Lebensjahre beschließt unser Familienvater, seine jährlichen Ersparnisse in der folgenden Weise anzulegen: 350 \$ werden in eine Lebensversicherung eingezahlt, und zwar für eine Police, die es ihm erlauben wird, in seinem 60. Lebensjahr die Versicherungsprämie von 10 000 \$ sowie die angelaufenen Dividenden einzukassieren (oder an Stelle dieser Barzahlung von der Versicherungsgesellschaft eine monatliche Rente zu erhalten). Die restlichen 450 \$ seiner Ersparnisse legt er in 6%igen Aktien von Elektrizitätswerken an. Im Verlaufe dieser Berechnung werden wir von Veränderungen des Aktienwertes absehen. Wir nehmen jedoch an, daß die jährlichen Dividenden, die unser Freund von seinen Aktienanlagen erhält, ebenfalls in Elektrizitätswerten angelegt werden.

Die Berechnung zeigt, daß der Familienvater als Resultat seines Sparprogramms in seinem 55. Lebensjahr 30 700 \$ besitzt. Zu diesem Zeitpunkt hat er seine Hypothek abgezahlt und kann das freiwerdende Geld zur Anlage verwenden, wodurch seine jährlichen Aktienkäufe von 450 auf 500 \$ gesteigert werden. Im 60. Lebensjahr besitzt unser Sparer rund 44 000 \$. Zu diesem Zeitpunkt endet sein Vertrag mit der Versicherungsgesellschaft, und er erhält die Police und Dividenden im Betrage von rund 14 600 \$ ausgezahlt. Dieses Geld wird ebenfalls in 6%igen Aktien angelegt. Da er ferner keine Zahlungen an die Versicherungsgesellschaft mehr zu leisten hat, werden nunmehr die gesamten 800 \$ pro Jahr in Aktien angelegt, und es ergibt sich, daß er in seinem 65. Lebensjahr ein Vermögen von 83 000 \$ besitzt. Er tritt jetzt in den Ruhestand und bezieht von seinem Vermögen eine jährliche Rente von rund 5 000 \$, wozu noch 1 440 \$ aus der staatlichen Sozialversicherung kommen. Er hat also ein Gesamteinkommen von etwa 6 440 \$ zu seiner Verfügung, oder ungefähr doppelt soviel wie er bisher für seine Lebenshaltung aufgewendet hatte.

Nehmen wir der einfachen Rechnung halber an, daß unser Freund und seine Frau ihr Leben noch 5 Jahre genießen können, daß sie während dieser Zeit keine weiteren Ersparnisse machen und daß beide im 70. Lebensjahr des Familienvaters dahinscheiden. Der nunmehr 44 Jahre alte Sohn erbt das Aktienvermögen und verkauft das väterliche Haus für 12 000 \$ und erhält also, wenn wir von der Erbschaftsteuer und den Veränderungen der Aktienwerte absehen, rd. 95 000 \$. Nehmen wir nun an, daß der Sohn genau in die Fußtapfen des Vaters getreten ist, ebenfalls 800 \$ jährlich erspart, im 26. Lebensjahr einen Sohn bekam und

sich im 29. Lebensjahr ein Haus gekauft hat. Zur Zeit des Ablebens seines Vaters besitzt er ein eigenes Vermögen von 14 000 \$ (abgesehen von seinem Haus). Falls der Sohn den gesamten Ertrag des väterlichen Erbes wieder zu 6% anlegt und sein eigenes Sparprogramm planmäßig wie der Vater weiterführt, so würde sein Vermögen in seinem 50. Lebensjahr auf fast 160 000 \$ angewachsen sein. Zu diesem Zeitpunkt würde der Enkel des ursprünglichen Sparers seinerseits in das Wirtschaftsleben eintreten. Er brauchte das jedoch keineswegs zu tun, da sein Vater aus dem eigenen und großväterlichen Vermögen ein jährliches Einkommen von etwa 9 500 \$ bezieht.

Wir können die Berechnung an diesem Punkte abbrechen, da klarerweise mit einem Vermögen von 160 000 \$ Sohn und Enkel ein eigenes Unternehmen gründen können oder, falls sie keine Neugründung vorzunehmen wünschen, in der Lage sind, sich in bestehende Unternehmungen einzukaufen. Die Schaffung eines „kapitalistischen“ Vermögens hat also nach dieser Berechnung etwa 50 Jahre gedauert und wurde von Personen durchgeführt, die nur ungefähr das durchschnittliche Einkommen eines gelernten Arbeiters besaßen. Wenn unsere Familie ihre Ersparnisse nicht „kapitalistisch“ angelegt, sondern sie „im Strumpf“ aufbewahrt hätte, so würde sie nach 50 Jahren nur 52 000 \$ besitzen. „Arbeitsloses Einkommen“ ist also nicht nur für die „Reichen“ nützlich; es ist vielmehr das Hauptmittel, um Arme in Reiche zu verwandeln. Es sei hinzugefügt, daß Erbschaft- und Einkommensteuern den in dieser Berechnung dargestellten Prozeß unmöglich gemacht haben würden. Beide Arten der Besteuerung beruhen auf der Annahme, daß „unverdientes Einkommen“ und Vermögensvererbung unmoralisch sind und daher besonders stark besteuert werden müssen. Wenn also die Schaffung neuer Vermögen erheblich schwieriger ist, als die obige Berechnung anzeigt, so liegt das nicht an der Wirtschaftsordnung an sich, sondern an den von sozialistischen Theorien beeinflussten Steuervorschriften. Nichtsdestoweniger besteht kein Zweifel daran, daß selbst bei den gegenwärtigen Steuersätzen und mit zweckmäßiger Anlageplanung noch immer recht beträchtliche Vermögen durch systematische Ersparnisse erzielt werden können.

FAKTOREN GEGEN DAS SPAREN

Noch zwei andere Gesichtspunkte verdienen Beachtung. Es ist wohl kaum eine Übertreibung zu sagen, daß gegenwärtig der Sparsinn nicht mehr so stark entwickelt ist wie vor 50 oder 60 Jahren. Das ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß Pensionsfonds einen Teil der Altersversorgung bestreiten, daß ferner die Erbschaftsteuern und vor allem die langwierigen Formalitäten, die mit der Rechtsübertragung des Erbes verbunden sind, den Nutzen, den man aus der Sparsamkeit ziehen kann, bedeutend verringert haben und daß schließlich das Höher-schrauben des Lebensstandards und die Überbewertung der Lebensführung gegenüber einer Unterbewertung der Sparsamkeit, sowie selbstverständlich auch die größere Nützlichkeit zahlreicher moderner Konsumgüter (besonders der sog. dauerhaften Konsumgüter) den Sparfonds ge-

schmälert haben. Der Sparer unseres Beispiels würde wahrscheinlich in seinem 50. Lebensjahr aufgehört haben, sich größere Entbehrungen aufzuerlegen. Sobald sein Sohn selbständig geworden wäre, hätte er wohl noch seine Versicherung weiter bezahlt, würde aber kaum gezögert haben, die 450 \$, die er bisher gespart hatte, und die etwa 1 200 \$, die ihm sein rund 21 000 \$ großes Vermögen jährlich abwerfen würde, zu verbrauchen.

Ein anderer gegen das Sparen wirkender Faktor ist die dauernde Geldentwertung. In unserer Berechnung haben wir einen konstanten Geldwert annehmen müssen; es ist aber wohl bekannt, daß selbst der Wert des amerikanischen Dollars während der letzten 50 Jahre erheblich zurückgegangen ist und daß Geldentwertungen die Sicherheit und Nützlichkeit von Versicherungspolice stark einschränken. Umgekehrt schützt der Kauf von Industriewerten gegen die Geldentwertung, abgesehen davon, daß natürlich das eine oder andere Papier einen starken Wertrückgang erleiden mag. Bei den Elektrizitätsaktien, die über einen sicheren und stets wachsenden Markt verfügen und außerdem stark unter öffentlicher Aufsicht stehen, ist das jedoch nicht anzunehmen; im Gegenteil, der Wert dieser Aktien ist während der letzten 50 Jahre allmählich gestiegen, so daß unser Sparer, wenn er geschickter genug gewesen wäre, seine Aktien im großen Börsenkrach von 1929—30 nicht zu verkaufen, sein Vermögen der früheren Jahre verdoppelt oder verdreifacht hätte. Andererseits hätte er in den Perioden der Börsenhausse nicht immer sein Geld für 6% anlegen können. Es muß noch hervorgehoben werden, daß in der amerikanischen Steuergesetzgebung die Industriegewinne doppelt besteuert werden, nämlich erstens beim Unternehmen und zweitens bei den Beziehern der Dividenden. Würde diese doppelte Besteuerung nicht bestehen — und sie ist ebenfalls ein Ausfluß des sog. planwirtschaftlichen Denkens —, so würden entweder höhere Dividenden gezahlt werden, oder der Dividendenempfänger könnte sein Einkommen voll reinvestieren.

Es will mir scheinen, daß das beste Wirtschaftssystem ein solches ist, in dem der Unbemittelte durch

Arbeit und Sparsamkeit sich ein Vermögen schaffen kann. Ich betrachte ein solches Wirtschaftssystem als wertvoll, weil es den wirtschaftlichen Wohlstand und die wirtschaftliche Sicherheit sowie die politische Unabhängigkeit und Freiheit am meisten fördert. Es ist wohl anzunehmen, daß die meisten Kritiker, die sich gegenwärtig über die freie Wirtschaftsordnung beklagen, zufriedengestellt sein würden, wenn sie ein kleines Vermögen besitzen könnten, das ihnen volle Entscheidungsfreiheit garantiert und ihnen außerdem ein zusätzliches Einkommen bringt. Ein Arbeiter mit einer finanziellen Reserve dürfte sich wohl vor zeitweiliger Arbeitslosigkeit nicht fürchten. Damit will ich nicht sagen, daß wohlgedachte Sozialversicherungen und Pensionskassen nicht durchaus zweckmäßig sind. Im Gegenteil, insbesondere Gesundheitsversicherungen sind von großer Bedeutung, da die Erfahrung lehrt, daß längere Krankheiten und insbesondere langes Siechtum fast immer die finanziellen Reserven aufzehren. Das wirtschaftliche Elend befällt in Amerika zum großen Teil Leute, die durch Krankheit arbeitsunfähig geworden sind oder die ihre Ersparnisse für kranke Familienmitglieder aufbrauchen müssen. Eine Untersuchung der westlichen Wirtschaftsordnungen würde jedoch ergeben, daß die Sozialversicherungen einen großen Teil des Sparpotentials aufressen und außerdem nicht genügende und ausreichende Sicherung gewähren. Im großen und ganzen hemmen die gegenwärtigen Wirtschaftsordnungen den Erwerb persönlichen Besitzes; dabei sollten sie das Erwerbstreben gerade fördern. Die politische Freiheit und wirtschaftliche Sicherheit Amerikas wird einen erheblichen Sprung vorwärts getan haben, wenn einmal die durchschnittliche amerikanische Familie ein Vermögen von 50 000 bis 100 000 \$ besitzen wird. Und das gleiche gilt, wenn auch mit anderen Zahlen, für den Durchschnittseuropäer. Wenn es ein Wirtschaftsideal gibt, das wir alle bewußt oder unbewußt anstreben und zu dessen Erreichung wir es uns angelegen sein lassen sollten, unsere verfahrenen Wirtschaftsordnungen zu reformieren, so ist es dies: die Schaffung persönlichen Vermögens für jeden Bürger.

DAS DEUTSCHE BRANCHEN-FERNSPRECHBUCH
FÜR DIE BUNDESREPUBLIK UND BERLIN WEST



22. Ausgabe · Das vollständige Adressverzeichnis aller Gewerbetreibenden, die an das Fernsprechnetz angeschlossen sind · Die Adressen gleicher Branchen stehen übersichtlich zusammen · Bearbeitet nach den amtlichen Unterlagen der Bundespost · Anerkannt vom Adressbuch-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft

**I
I
I
I
I
I
I
I
I
I**

DEUTSCHER ADRESSBUCH-VERLAG FÜR WIRTSCHAFTSVERKEHR GMBH DARMSTADT